



Interviews

Datum: 28.07.2023

Jasper Barenberg im Gespräch mit Harald Weyel

Jasper Barenberg: Von der Europäischen Union, wie wir sie kennen, soll nicht viel übrig bleiben. Das Bild ergibt sich jedenfalls, wenn man sich anschaut, mit welchem Programm die Parteispitze der AfD in die Europawahl im nächsten Jahr gehen will. Heute veranstaltet die Partei in Magdeburg ihren Bundesparteitag. Ab morgen werden die Delegierten die ersten Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl bestimmen. Die Entscheidung über das Programm soll absehbar eine Woche später folgen.

Harald Weyel ist der europapolitische Sprecher der AfD im Bundestag und jetzt am Telefon. Schönen guten Morgen!

Harald Weyel: Schönen guten Morgen meinerseits.

Barenberg: Herr Weyel, die Europäische Union, wie wir sie kennen, das Europaparlament – wenn es nach Ihnen geht, kann das alles in die Tonne?

Weyel: Die Europäische Union, wie wir sie kennen und nicht schätzen gelernt haben, wie sie sich auch selbst offenbar nicht mehr schätzt, weil sie sich dermaßen weit entfernt hat vom Geiste ihres Anfangs und zu einer reinen Umverteilungsgeschichte geworden ist, die auch noch dazu kontraproduktiv im Bereich Wohlstandsmehrung und auch Demokratieförderung wirkt.

Barenberg: Das habe ich nicht verstanden. Demokratieförderung – was meinen Sie damit?

Weyel: Ja, dass die europäischen Nationen tatsächlich repräsentiert sind in diesem Club der 27. Einer ist ja schon abgegangen. Das Europäische Parlament, das sogenannte, ist nun mal nicht demokratisch legitimiert. Das heißt, es fehlt die Repräsentanz, die unterschiedliche Gewichtung der Nationen, die Sache mit der nicht vorhandenen Proportionalität. Das ist das eine und das andere ist, dass offenbar die Gründung eines Zentralstaates hier das Bestreben ist und nicht das Verhelfen der Nationalstaaten zu neuem Wohlstand und, wie gesagt, besserer Demokratie und zu Vorteilen für die Mehrheitsbevölkerung, auch die der Unternehmen.

Barenberg: Viele würden sagen, dass wir unseren Wohlstand auch unter anderem sehr entscheidend von der Europäischen Union und ihrer Entwicklung in den letzten Jahrzehnten geradezu zu verdanken haben. Jetzt heißt es in dem Entwurf für dieses Europawahlprogramm, das undemokratisch gewählte EU-Parlament wollen wir abschaffen. Warum wollen Sie Mandate für ein Parlament, das Sie als illegitim betrachten, ablehnen und abschaffen wollen?

Weyel: Es ist die Sache der Demokratie, aus sich selbst heraus auch Dinge, die sich fehlentwickeln, beenden zu können. Und wir sind ja auch nicht gegen die europäische Zusammenarbeit als solche. Wir wollen ja die Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, aber im neuen Sinne, da sich der alte keinesfalls bewährt hat, sondern einen Kollateralschaden nach dem anderen besorgt. Das Parlament möchten wir eigentlich gerne zurückbauen. Das heißt, es geht hier beim Totalabbau eher um einen Rückbau, und diese neue europäische Wirtschaftsinteressengemeinschaft wird ein Parlament haben können und müssen, was aus nationalen Vertretern, die national legitimiert sind, bestellt ist - ein sogenanntes Entsendeparlament, eine parlamentarische Versammlung, wie wir sie auch von der NATO kennen, wie wir sie von der OSZE kennen und wie wir sie vom Europarat kennen.

Barenberg: Aber nun gibt es im Moment bei aller Kritik, die Sie skizziert haben, die Sie daran haben, frei gewählte Abgeordnete im Europäischen Parlament. Wenn Sie jetzt sagen, wir schaffen das Parlament ab, dann ist das ja weniger Demokratie. Oder habe ich da was falsch verstanden?

Weyel: Frei gewählt in dem Sinne, dass Parteien Listen wählen, die der Wähler dann in toto bejaht oder verneint.

Barenberg: Das kennen wir von der Bundestagswahl ja auch.

Weyel: So ist es! – So ist es, ja. Und das ist noch eine Fortsetzung und Verstärkung dieser Unbalance, dass der einzelne Wähler keinen einzelnen Kandidaten benennen kann. Das wird auch nicht dadurch besser, dass man jetzt ein europäisches Wahlverfahren entwickelt mit supranational gewählten Abgeordneten. Wir sehen, dass hier eine Fehlentwicklung die andere jagt und das Ganze sich dynamisch fortsetzt. Hier hilft wirklich nur Abbruch, Neustart, ein Reset im eigentlichen Sinne.

Barenberg: Das heißt, ein Europa ohne ein Parlament?

Weyel: Ein Europa mit einer parlamentarischen Versammlung, wo die Dinge, die da supranational abgegeben sind, sprich Außenhandel und anderes, vor allen Dingen der Außenhandel, auch die Außenpolitik, wesentliche Bestandteile davon jedenfalls – das muss natürlich und wird natürlich schon durch nationale Vertreter, sprich Entsendeparlament und parlamentarische Versammlung, mithin bewerkstelligt werden. Dazu braucht es aber keinen Riesenapparat in Brüssel und auch nicht diesen ganzen administrativen Aufbau, der ja 40.000 Personen übersteigt.

Barenberg: Ich will es für alle noch mal festhalten. Sie sagen, wenn Regierungen ihnen genehme Delegierte in ein Parlament, in ein Entsendeparlament entsenden, wie Sie es nennen, dann ist das für Sie ein demokratischer Fortschritt gegen ein Parlament, wo alle Bürger sich an Wahlen, an freien Wahlen beteiligen können für EU-Abgeordnete, und Sie ja auch als AfD?

Weyel: Es sind nicht Regierungen, die ihnen genehme Abgeordnete entsenden, sondern es sind national gewählte Abgeordnete nach nationalem Recht, die auch national verantwortlich sind, und das ist ja auch die Krux bei der Sache, dass nur auf der nationalen Ebene sichergestellt ist, dass erstens mal transparent ist, wer die Entscheidungen trifft, und zweitens mal der oder die auch abgestraft werden können. Alles das geht ja unter in Brüssel, wo alle unter einem Teppich sozusagen und damit unter dem Radar sich bewegen.

Barenberg: Jetzt haben wir eine Weile übers Parlament gesprochen. Lassen Sie uns über die EU insgesamt noch mal sprechen. Der Bundesparteitag vor zwei Jahren hat die Forderung aufgestellt, Deutschland soll aus der EU austreten. Im Vorfeld der Debatte über das Europawahlprogramm gab es einige Verwirrung: Austreten, Auflösen, Ersetzen. Ganz klar geworden ist das nicht. Da war von einem Versehen die Rede. Was sagen Sie?

Weyel: Es ist in der Tat jetzt hier ein grammatikalisches Versehen einer einzelnen Person, die nicht weiter zu benennen ist. Es ist klar, dass bei einer Neugründung zwei Dinge die Frage sind: Einmal, ob eine Auflösung möglich und nötig ist, und diese Auflösung müsste dann auch einstimmig sein. Wir haben das am deutlichsten erlebt am 8. April 1946, als sich der Völkerbund – und zwar einvernehmlich – aufgelöst hat, aber das natürlich nur, weil parallel eine Neuorganisation gegründet wurde, wo die Altmitglieder, die wesentlichen Altmitglieder jedenfalls, mit von der Partie waren und auch neu beitreten können. Oder auch bei der DDR. Die DDR löste sich auf nicht in dem Sinne, sondern sie trat bei der Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Auflösung, die die Einstimmigkeit bedingt, ist jetzt juristisch und technisch eine Unmöglichkeit angesprochen. Mit der Neugründung hat sich eigentlich das alte erledigt und der Übergang von Rechten und Vermögen in Analogie zum Völkerbund, würde ich sagen.

Barenberg: Noch mal zurück zum Bundesparteitag und der Forderung, die Sie dort vor zwei Jahren aufgestellt haben. Bleibt es bei der Forderung? Soll es bei der Forderung bleiben, dass Deutschland austritt? Man kann ja in Großbritannien beobachten, welcher Schaden darauf folgen würde.

Weyel: In Großbritannien sehen wir höchst kurzfristige Entwicklungen. Es sind ja gerade mal zwei Jahre, wo klar ist, dass Übergangsprobleme bestehen. Gleichzeitig sehen wir auch, dass viele Dinge normal weiterlaufen. Die Benchmark für das Geschehen ist nun mal die WTO, die Welthandelsorganisation. Das bedeutet, dass sich weltweit die Zölle für die meisten Industrieprodukte, sofern sie nicht einem Sanktionsregime unterworfen sind, etwas unterhalb von fünf Prozent bewegen, und das ist eine ganz andere Situation als bei Gründung der EWG in den 50er-Jahren, als dieses

Zollniveau sich bei 50 Prozent bewegte. Wir haben hier einen Rabatteffekt im Warenhandel in der EU, der nunmehr wenig mehr als fünf Prozent ausmacht und nicht mehr 50. Deswegen ist Großbritannien auch noch nicht untergegangen und wird es auch nicht.

Barenberg: Ich habe mir die Zahlen noch mal extra daraufhin angeschaut. Vier bis sechs Prozent weniger Wachstum des Bruttonationalproduktes in Großbritannien – Auslöser der Brexit. 15 Prozent weniger Ein- und Ausfuhr – Auslöser der Brexit. Die Wirtschaft in Großbritannien hat anders als alle anderen noch nicht das Vor-Pandemie-Niveau erreicht. Das Pfund hat 10 bis 15 Prozent eingebüßt. – Ist es das, was Sie sich für Deutschland vorstellen mit dem Dexit?

Weyel: Diese Einbußen haben auch andere Währungen gesehen. Das gilt bedingt selbst für die USA oder Japan, die jetzt nichts mit dem Euro-Raum zu tun haben. Und wie gesagt, wir müssen hier langfristige Trends erkennen und berücksichtigen und nicht diese kurzfristigen, das was der Brite den „bumpy ride“ nennt und was auch vorhergesagt war. Die wenigsten haben nur erwartet, dass alle Zahlen nach oben schießen.

Ich mache auch noch darauf aufmerksam, dass es ohnehin ein Problem ist mit der Sozialproduktsberechnung. Da gehen auch alle möglichen Schäden ein von irgendwelchen Umweltschäden bis zu überflüssigen Verwaltungsakten und Gehältern etc. Einen Teil des Verlustes könnten Sie auch als Gewinn darstellen, dass gewisse Missstände nicht mehr finanziert werden und im Sozialprodukt zu Buche schlagen, im wahrsten Sinne des Wortes.

Barenberg: Ein Thema aus dem Entwurf für das Programm würde ich gerne noch ansprechen, nämlich die Passage, wo es um Russlands Krieg gegen die Ukraine geht. „Die russische Invasion in der Ukraine hat unter den Betroffenen viel Leid erzeugt.“ Das steht in dem Entwurf. – Warum kann sich die AfD nicht zu einer klaren und eindeutigen Verurteilung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges durchringen?

Weyel: Das haben wir alles schon im März letzten Jahres bei unserer Fraktionsklausur im thüringischen Suhl gemacht. Da haben wir neun Punkte formuliert, die auch

einschließen die persönlichen Sanktionen gegen Personen und nicht gegen ein ganzes Land, und auf diesem Stand ist es eigentlich geblieben.

Barenberg: Das heißt, das muss man im Europawahlprogramm nicht mehr extra erwähnen?

Weyel: Richtig.

Barenberg: Besser oder passender für die Situation ist es dann, wenn Parteichef Tino Chrupalla und Alexander Gauland, wie erlebt, am 9. Mai Gäste in der russischen Botschaft sind und mit dem Aggressor anstoßen?

Weyel: Auch hier sollte man sich mal den Normalzustand vorher angucken. Es war üblich, dass alle Parteiführer, Fraktionsführer eingeladen waren und auch da hingekommen sind vor diesem Februar. Wir können auch nicht so tun, als ob diese Geschichte keine Vorgeschichte hätte, der russische Großangriff vom Februar letzten Jahres. Es hat eine lange Vorgeschichte und Europa hat hier (Westeuropa insbesondere) auf ganzer Linie versagt. Ich mache darauf aufmerksam, dass der Europarat in Straßburg – nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat der EU, Brüssel etc. -, dass dort die Ukraine und Russland Mitglieder waren. Meines Erachtens ist es so – ich bin übrigens auch delegiert als Abgeordneter in dieses Entsendeparlament nach Straßburg -, dass das Versäumnis darin liegt, dass man nicht der Ukraine und Russland ein Ultimatum gestellt hat, Minsk zwei zu realisieren, ansonsten hätte beide rausgehört. Diese einseitige Parteinahme im Vorfeld und die Fortsetzung des Ganzen im Nachgang ist nicht geeignet, den Konflikt zu lösen.

Barenberg: Wenn ein Aggressor Panzer schickt und Raketen auf die Zivilbevölkerung, dann kann man sich eine Verurteilung sparen?

Weyel: Wer da was auf die Zivilbevölkerung geschickt hat – wir haben jetzt eine über achtjährige Konfliktgeschichte, wo die westukrainische, die Kiewer Regierung einen Teil ihres eigenen Staatsvolkes mit Raketen und anderen Geschossen beschickt hat,

über acht Jahre, und das alles muss einbezogen werden. Diese Einseitigkeit verbietet sich und ist nicht geeignet, da zu einer Lösung zu kommen, sondern nur noch mehr Leid und noch längeres Leiden zu verursachen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.